

Bezirks. Sie hätte sich damit beschäftigen müssen, wie die Genossen dafür sorgen, daß alle Mitarbeiter des Staatsapparates auf ihren Gebieten das Kohle- und Energieprogramm lösen helfen. Die Parteileitung verschob dieses Thema von einer Leitungssitzung auf die andere. Folglich kontrollierte die Parteileitung auch nicht, wie die Genossen Staatsfunktionäre selbst in den Betrieben, Einrichtungen und vor der ganzen Bevölkerung das Kohleprogramm erläuterten, um die Masseninitiative zu seiner Erfüllung zu wecken.

Die Parteileitung beim Hat des Bezirks hat auf Anregung einiger Genossen nunmehr eine Beratung mit den Sekretären der Abteilungsparteiorganisationen festgelegt, um sich damit zu beschäftigen, wie die Genossen der einzelnen Abteilungen und die Genossen Ratsmitglieder in enger Zusammenarbeit mit den Abgeordneten den Beschluß des Bezirkstags erfüllen.

#

Auf Anraten der Bezirksleitung bildeten die Genossen der Plankommission des Rates des Bezirks einen ständigen Arbeitskreis. Seine Aufgabe ist es, in Zusammenarbeit mit den örtlichen Volksvertretungen, den zentralgeleiteten Betrieben und der Bevölkerung die Unterstützung für die Braunkohlewerke entsprechend dem Ministerratsbeschluß vom 21. März 1957 bis 1962 festzulegen. So begannen die Vorarbeiten für einen Planentwurf, der zunächst die Bauaufgaben für die Kohleindustrie, Ortsverlegungen infolge Ausweitung der Tagebaue und alle damit zusammenhängenden Maßnahmen festlegen soll. Dieser Planentwurf wird Gegenstand von vielen Aussprachen der örtlichen Volksvertretungen mit der Bevölkerung sein und dann bei den Bezirks- und Kreistagen zu Beschlüssen führen, an deren Ausarbeitung die gesamte Bevölkerung Anteil hat.

Alle neugewählten Volksvertretungen sollten zusammen mit der Bevölkerung als erstes für bestimmte Wirtschaftszweige, die in ihren Bereichen die Schwerpunkte sind, die Perspektiven ausarbeiten. Aufgabe der Parteigruppen der örtlichen Volksvertretungen muß es dabei sein, ausgehend von den bisherigen Erfahrungen, die dazu notwendige ideologische Arbeit zu leiten.

Die Richtlinie des Nationalrates zur Verbesserung der Arbeit der örtlichen Organe' der Staatsmacht in den Kreisen, Städten und Gemeinden legt u. a. die Methoden der Zusammenarbeit der Volksvertretungen mit den Ausschüssen der Nationalen Front fest. Die Kreispläne sowie die Pläne der Städte und Dörfer — aus denen die genauen Aufgaben auf den einzelnen Wirtschaftsgebieten hervorgehen müssen — sind die Grundlage der Rechenschaftslegung der Abgeordneten über ihre Tätigkeit vor der Bevölkerung. Diese Pläne, in denen die Maßnahmen der örtlichen Volksvertretungen zur Unterstützung der zentralgeleiteten Betriebe Aufnahme finden müssen, sind das Mittel, um die Bevölkerung über alle wirtschaftlichen Aufgaben zu informieren und gleichzeitig die verschiedenen Schichten der Bevölkerung zur aktiven Mitarbeit zu gewinnen. Die Ausschüsse der Nationalen Front werden bei der Erfüllung dieser Pläne die Massenkontrolle organisieren und die Abgeordneten auffordern, in öffentlichen Versammlungen und in der Presse zu Problemen des weiteren wirtschaftlichen Aufschwungs Stellung zu nehmen. Wie überall, so sollten auch dabei unsere Genossen Abgeordneten und Staatsfunktionäre als Vorbilder wirken.

Karl-Heinz Blaurock

Vorsitzender der Plankommission beim Rat des Bezirks Leipzig